

Wenn es auf dem Paradeplatz gefährlich wird



Von Claude Baumann
Journalist und Buchautor

Es ist immer wieder erstaunlich, wie gut die «Süddeutsche Zeitung» informiert ist – besonders, wenn dabei auch noch die Schweiz im Spiel ist. Das zeigte sich jüngst wieder im Fall von Uli Hoeness. Der Präsident des FC Bayern München hat ein un versteuertes Bankkonto in der Schweiz. Die Zeitung wusste nicht nur ausführlich darüber zu berichten, sondern kannte auch gleich noch den Namen der betroffenen Bank – Vontobel.

Ähnlich «profilert» berichtete das Blatt unlängst auch über das Dividenden-Stripping. Dabei handelt es sich um eine Methode, mit der Firmen und sehr vermögende Privatpersonen Steuern «sparen» können. Da wusste die «Süddeutsche Zeitung» beispielsweise, dass in dem Fall auch eine Schweizer Privatbank involviert sein soll – Sarasin.

Vertrauliche Informationen

Die Recherche-Arbeit mancher Journalisten in Ehren, aber unter den erwähnten Prämissen liegt der Verdacht doch nahe, dass da gewisse Kanäle zwischen Behörden und ausgewählten Medien auffallend gut funktionieren. Oder anders formuliert: Die deutschen Behörden nehmen es beim Thema Datenschutz offensichtlich nicht immer so genau, wie das in der Schweiz glücklicherweise (noch) der Fall ist. Sie bekunden keinerlei Mühe, manche Medien – zu denen nicht selten die «Süddeutsche Zeitung» gehört – mit höchst vertraulichen Informationen zu alimentieren.

Das war bei Uli Hoeness so, aber auch im Fall des früheren Post-Chefs Klaus Zumwinkel, den man der Steuerhinterziehung verdächtigte. Als die Behörden im Februar 2008 sein Haus durchsuchten, waren wie zufällig alle wichtigen deutschen Medien zur Stelle. Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Es geht nicht darum, Betrüger zu schützen. Aber unter dem Vorwand, die Steuerhinterziehung zu bekämpfen, sollten die Behörden trotz allem nicht gewisse Rechtsstandards unbekümmert über Bord werfen. Leider ist dies jedoch seit geraumer Zeit der Fall – besonders in Deutschland, wo unter dem Schlagwort «Transparenz» das Rechtsverständnis mittlerweile arg strapaziert wird.

Heuchlerische Betroffenheit

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass die Medien – an sich als Korrektiv – viele Entwicklungen kaum mehr kritisch hinterfragen. Das zeigte sich jüngst auch im Fall von Offshore-Leaks: Mit einer heuchlerischen und gleichzeitig einseitigen Betroffenheit berichteten zahlreiche Journalisten über mehr oder weniger vermutete Fälle von Steuervergehen. Letztlich konnte man sich aber nicht des Eindrucks erwehren, dass es den meisten Medien in erster Linie um «die Quote» ging. Inzwischen ist es um das anfänglich extrem hochgeschaukelte Offshore-Leaks-Projekt denn auch sehr, sehr ruhig geworden – obwohl von x-tausend Daten die Rede war.

Grundsätzlich sollte uns also nicht nur die Bekämpfung von Steuerdelikten interessieren. Die damit verbundenen Veränderungen in unserem Rechtsverständnis sind ebenso relevant. Und vor diesem Hintergrund kann man sich durchaus fragen: Ist es richtig, dass ausländische Behörden gestohlene Kundendaten wie selbstverständlich bei ihrer Arbeit verwenden? Macht es Sinn, wenn der grassierende Transparenz-Wahn immer mehr Politiker dazu zwingt, ihre Vermögensverhältnisse bis ins letzte Detail offenzulegen? Und sind wir tatsächlich an dem Punkt angelangt, dass jemand gleich

unter Generalverdacht steht, wenn er ein Bankkonto in der Schweiz hat oder einen Trust unterhält? Geht es so weiter, könnte sich jemand in einigen Jahren sogar verdächtig machen, wenn er nur schon über den Zürcher Paradeplatz spaziert.

Das Agieren mancher Behörden lässt auf ein enormes Misstrauen gegenüber den Bürgern schliessen. Beängstigend ist dabei vor allem, wie ein Grossteil der Öffentlichkeit dies sogar akzeptiert. Dabei steht der staatliche Hang zu Willkür und Allmacht, der besonders in den letzten Jahren rasant gewachsen ist, in einem völligen Gegensatz zum Verhältnis zwischen Staat und Bürger, wie wir es hierzulande kennen.

«Es ist durchaus ein Unterschied, ob der Staat grundsätzlich alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellt und deshalb jederzeit Zugriff auf alle Informationen haben will, oder ob er sich diese Informationen genau dann gezielt beschafft, wenn ein begründeter Verdacht besteht», brachte es der Schweizer Banker und Politiker Thomas Matter unlängst im «Magazin» des «Tages-Anzeiger» treffend zum Ausdruck.

Ein herber Verlust droht

Mit all dem, was heute geschieht, ereignet sich ein Dammbbruch. Und der Ruf nach jener Transparenz, die heute etabliert wird, könnte schon in wenigen Jahren von uns allen bedauert werden. Dann nämlich, wenn wir uns bewusst geworden sind, wie wenig der Schutz der individuellen Privatsphäre noch gilt. Gerade für die Schweiz, die das Individuum und dessen Eigenverantwortung seit je ins Zentrum ihres freiheitlichen Staatswesens gestellt hat, wäre dies ein herber Verlust.

Wie weit diese Gefahr bereits gediehen ist, beweist der Umstand, dass ausländische Behörden die Medien für ihre Zwecke einspannen und manche Blätter tatsächlich bereit sind, dieses Spiel für höhere «Einschaltquoten» auch mitzumachen.

claude.baumann@finews.ch
www.finews.ch